

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates
am Montag, den 26.06.2023 um 14:30 Uhr
Sitzungssaal der Wasgauhalle, Ebene 1

Gesetzliche Mitgliederanzahl	45
Anwesend sind	41

Und zwar

Vorsitzender

Herr Markus Zwick

Beigeordnete

Herr Denis Clauer

Herr Michael Maas

Mitglieder

Herr Jürgen Bachert

Herr Florian Bilic

Herr Tapani Braun

Frau Edeltraut Buser-Hussong

Herr Dieter Clauer

Herr Maurice Croissant

Herr Wolfgang Deny

Herr Dr. Florian Dreifus

ab 14.55 Uhr

Frau Ulla Eder

Herr Frank Eschrich

Frau Stefanie Eyrisch

Frau Katja Faroß-Göller

Herr Frank Fremgen

Herr Jürgen Hartmann

Herr Thomas Heil

Herr Wolfgang Hendrichs

Herr Gerhard Hussong

Frau Heidi Kiefer

Herr Florian Kircher

Herr Hartmut Kling

Herr Jochen Knerr

Frau Susanne Krekeler

Frau Brigitte Linse

Herr Jürgen Meier

Herr Ralf Müller

Frau Uschi Riehmer

Herr Philipp Scheidel

Frau Sabine Schunk

Herr Bernd Schwarz

Herr Tobias Semmet bis 16.05 Uhr

Frau Annette Sheriff

Herr Berthold Stegner

Herr Jürgen Stilgenbauer

ab 14.42 Uhr

Herr Sebastian Tilly

Herr Manfred Vogel

Herr Ferdinand L. Weber

Herr Bastian Welker

Herr Steven Wink

Herr Heinrich Wölfling

Frau Regina Zipf

Protokollführung

Frau Anne Vieth

von der Verwaltung

Herr Tobias Becker

Frau Iris Brandt

Herr Heiko Burkhart

Frau Annette Legleitner

Herr Sebastian Libal

Herr Roman Lill

Frau Talea Meenken

Herr Oliver Minakaran

Herr Andreas Mühlbauer

Herr Gustav Rothhaar

zu Ausbildungszwecken anwesend

Frau Lea Schellenbaum

zur Sitzung hinzugezogen

Herr Georg Grunhofer

Herr Tobias Thiele

Ingenieurbüro Grunhofer (TOP 5.3)

Ingenieurbüro Thiele (TOP 5.2)

Abwesend:

Mitglieder

Frau Brigitte Freihold

Frau Gabriele Mangold

Herr Dr. Bernhard Matheis

Herr Erich Weiß

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde (ab 16.00 Uhr)
2. Haushaltsatzung mit Haushaltsplan und Anlagen
 - 2.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2023
 - 2.2 Forstwirtschaftsplan 2023
 - 2.3 Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebes mit Finanzplan und Investitionsprogramm
 - 2.4 Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan und Investitionsprogramm
 - 2.5 Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); ohne Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan
3. Ergänzung der Satzung über die Einrichtung eines Beirats für Migration und Integration
4. Auftragsvergaben
 - 4.1 Hugo-Ball-Gymnasium - Fassadensicherung Bauteil A; Auftragsvergabe
 - 4.2 Generalsanierung Landgraf-Ludwig-Realschule plus- Los 30.2 Ausstattung-Lieferung von Schul- und Büromöbeln- Auftragsvergabe-
 - 4.3 Verlängerung Quartiersarbeit Horebtreff
5. Vergabeermächtigungen
 - 5.1 Hugo-Ball-Gymnasium - Fortführung Fensterbauarbeiten Bauteil B - Erteilung der Vergabeermächtigung
 - 5.2 Ausbau der Hauptstraße zwischen Sandstraße und Pfarrgasse; Erteilung der Vergabeermächtigung
 - 5.3 Ausbau der Rheinbergerstraße; Erteilung der Vergabeermächtigung
 - 5.3.1 Ausbau Rheinbergerstraße; Bereitstellung von überplanmäßigen Ausgaben
6. Information Kommunale Wärmeplanung
7. Gesamtstädtisches Radverkehrskonzept - Ergänzung -
8. Nachwahlen
 - 8.1 Nachwahl eines Beschäftigtenvertreters für den Werkausschuss des Eigenbetriebs

"Wirtschafts- und Servicebetrieb der Stadt Pirmasens (WSP)"

9. Spendenannahme gem. § 94 Abs. 3 GemO
10. Anfragen und Informationen

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, dass die Ratsmitglieder Jürgen Hartmann und Sabine Schunk aus der AfD-Fraktion ausgetreten und nun fraktionslos seien. Da die Austritte nur die Fraktion, nicht jedoch die Partei betreffen, ergebe sich dadurch keine Änderung des Stärkenverhältnisses.

zu 1 Einwohnerfragestunde (ab 16.00 Uhr)

Der Vorsitzende eröffnet die Einwohnerfragestunde um 16.00 Uhr.

Er zeigt auf, da Frau Leissing an der heutigen Einwohnerfragestunde nicht teilnehme, würde die Beantwortung ihrer Anfrage aus der letzten Einwohnerfragestunde schriftlich erfolgen. Für die Stadtratsmitglieder würde die Beantwortung im Nachgang zur Sitzung hochgeladen.

Da keine weiteren Einwohnerfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Einwohnerfragestunde um 16.01 Uhr.

zu 2 Haushaltsatzung mit Haushaltsplan und Anlagen Vorlage: 1689/II/20.1/2023

Der Vorsitzende verliest die Haushaltsrede:

“Sehr geehrte Damen und Herren,

die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2023 wurde am 13.02.2023 im Stadtrat beschlossen und anschließend der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) in Trier mit der Bitte um Genehmigung vorgelegt. Am 28.02.2023 wurden seitens der ADD Bedenken wegen Rechtsverletzung erhoben und eine Stellungnahme hierzu erbeten.

Zu folgenden Punkten hat die ADD Rechtsbedenken vorgetragen:

1. Verstoß gegen das Haushaltsausgleichsgebot

Obwohl die Stadt Pirmasens seit rd. 30 Jahren erstmals einen ausgeglichenen Haushalt – sogar mit einem leichten Plus von 358.140 Euro im Ergebnishaushalt und einem Überschuss von 2,606 Mio. Euro im Finanzhaushalt – vorlegen konnte, wurde von der ADD die fehlende Mindestnettotilgung von rd. 7,795 Mio. Euro im Zusammenhang mit dem Kommunalen Entschuldungsfonds – KEF-RP – bemängelt. Unter Berücksichtigung dieser Mindestnettotilgung beträgt die Unterdeckung im Finanzhaushalt rd. 5,190 Mio. Euro.

2. Eigenkapitalentwicklung

Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag beträgt zum Ende des Haushaltsjahres 2023 voraussichtlich 234,89 Mio. Euro. Der Gemeinde sei es gesetzlich verboten, sich zu überschulden. Der enorme Ressourcenverbrauch verletze weiterhin massiv das Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit.

3. Verschuldung aus Krediten zur Liquiditätssicherung

Die bestehende und sich in den Planungs Jahren bis 2026 weiter aufbauende Verschuldung aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung stelle einen erheblichen und fort-dauernden Rechtsverstoß der Stadt Pirmasens gegen das Verbot der Aufnahme von Liquiditätskrediten als Deckungsmittel für konsumtive oder investive Maßnahmen dar. Damit gehe ein Verstoß gegen das Gebot der Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung einher.

Zu diesen Rechtsbedenken wurde um eine Stellungnahme gebeten mit einer ausführlichen Begründung, inwieweit die Stadt unter größtmöglicher Kräfteanspannung das Defizit im Basishaushalt 2023 so gering wie möglich geplant hat.

Außerdem wurde in einem weiteren Punkt auf das Ministerschreiben vom Februar 2022 hingewiesen. In diesem Zusammenhang muss die Stadt darlegen, wie sie den Gesamtbetrag

der Investitionskredite kompensiert, um eine ihre dauernde Leistungsfähigkeit gefährdende Zunahme des Kreditbestandes abzuwenden.

Unter Bezug auf das Landesgesetz über die Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz – LGPEK-RP – wurde darauf hingewiesen, dass der in der Haushaltssatzung festgesetzte Höchstbetrag der Liquiditätskredite nun der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf. Hierfür muss die Liquiditätsplanung dokumentiert und der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden.

Zu diesen Beanstandungen haben wir Stellung genommen und die Kraftanstrengungen zur Konsolidierung des Haushalts ausführlich erläutert.

Insbesondere folgende Punkte wurden dabei angesprochen:

Seit dem Beitritt zum Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF-RP) hat die Stadt Konsolidierungsüberschüsse von rd. 9,3 Mio. Euro generiert. Hinzu kommen Mehreinnahmen über Steuererhöhungen bei der Vergnügungssteuer, der Grundsteuer und der Hundesteuer von rd. 7,25 Mio. Euro.

Bereits bei der Einführung des Kommunalen Entschuldungsfonds war allen Beteiligten klar, dass insbesondere die kreisfreien Städte die Mindestnettotilgung nicht erbringen können. Die Instrumente des KEF-RP waren alleine nicht ausreichend, einen dauerhaften Haushaltsausgleich sicherzustellen. Dennoch waren sie ein wichtiger Schritt, dem weitere Schritte wie beispielsweise eine bessere Finanzausstattung sowie eine Altschuldenregelung folgen müssen.

Eine Altschuldenregelung steht unmittelbar bevor und die Stadt Pirmasens wird von dem geplanten Schuldenschnitt profitieren.

Die Zuweisungen des Landes wurden mit dem neuen Landesfinanzausgleichsgesetz zwischenzeitlich erhöht. Jedoch ist der Sozialetat nach wie vor gravierend unterfinanziert – aktuell ist immer noch ein Defizit von rd. 21,0 Mio. Euro zu verzeichnen. Die höheren Schlüsselzuweisungen konnten die gestiegenen Sozialausgaben nicht auffangen. Ohne die notwendige angemessene Finanzausstattung wird die Stadt somit auch zukünftig Schwierigkeiten haben, den Haushalt auszugleichen.

Doch nicht nur die enormen Belastungen aus dem Sozialetat erschweren den Haushaltsausgleich, auch in anderen Bereichen steht die Stadt Pirmasens vor großen Herausforderungen.

Hier ein paar Beispiele – ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

- Steigende Zinsen für Liquiditäts- und Investitionskredite
- Höhere Bewirtschaftungskosten aufgrund von Kostensteigerungen bei Gas, Strom und Heizöl
- Höhere Personalkosten aufgrund von Tarifsteigerungen und notwendiger neuer Stellen
- Höhere Ausgaben im Jobcenter bei den Kosten der Unterkunft aufgrund steigender Energiekosten
- Höhere Fallzahlen bei der Hilfe zur Erziehung aufgrund der Spätfolgen von Corona
- Umbaumaßnahmen und Personalmehrungen bei Kindertagesstätten aufgrund gesetzlicher Vorschriften
- Fallzahlensteigerung bei der Hilfe zum Lebensunterhalt durch Flüchtlinge aus der Ukraine.

Alleine aus den genannten Bereichen erwachsen dem Haushalt 2023 Mehrausgaben von rd. 6,8 Mio. Euro!!

Doch trotz dieser enormen Mehrbelastungen war es gelungen, den Haushalt 2023 auszugleichen, allerdings jedoch ohne Berücksichtigung der bereits erwähnten Mindestnettotilgung.

Bereits bei der Haushaltsplanung wurden den Budgetverantwortlichen sehr restriktive Vorgaben auferlegt. Außerdem wurde schon in der Ursprungsplanung des aktuellen Haushalts die Obergrenze für die freiwilligen Leistungen um rd. 1 Mio. Euro unterschritten. Nachdem die Grundsteuer A noch unterhalb des Nivellierungssatzes lag, wurde auch diese entsprechend angepasst. Leichte Anhebungen wurden auch bei den Entgelten im Kulturbereich sowie bei den Friedhofsgebühren vorgenommen.

Dies alles war jedoch für die ADD nicht ausreichend und so wurde der Haushalt erneut auf den Prüfstand gestellt mit folgendem Ergebnis:

Bei Erträgen von 177,8 Mio. Euro und Aufwendungen von 171,5 Mio. Euro ergibt sich nun ein Jahresüberschuss von 6,3 Mio. Euro. Damit verbessert sich die Ursprungsplanung um rd. 5,9 Mio. Euro.

Die Veränderungen gegenüber der letzten Planung des Haushaltes 2023 im Detail:

Aufgrund der extrem positiven Entwicklung der Gewerbesteuer können aktuell Mehreinnahmen von rd. 1 Mio. Euro prognostiziert werden. Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage verbleiben netto noch 915.000 Euro Verbesserung.

Zwischenzeitlich konnten auch die aktuellen Daten aus der letzten Steuerschätzung im Mai 2023 zugrunde gelegt werden. Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist ein Plus von 756.000 Euro zu verzeichnen.

Die geplante Verlustübernahme beim Dynamikum von 150.000 Euro wurde gestrichen und der Betrag für die notwendige Konsolidierung des Haushalts verwendet.

Das Anordnungssoll bei den Säumniszuschlägen und Mahngebühren weist höhere Einnahmen aus als ursprünglich angenommen. Damit konnten aus diesem Bereich rd. 130.000 Euro als Verbesserung eingeplant werden.

Der wegen der Energiekrise vorsorglich beschlossene Härtefallfonds wurde in der Praxis kaum nachgefragt und ist überholt, weil der Bund im Nachgang eigene Programme zur Entlastung der Bürger eingeführt hat. Hierfür können 250.000,- € eingespart werden.

Aufgrund der langen Interimsphase konnte der Stellenplan noch nicht umgesetzt werden wie geplant. Durch diese fehlenden Stellenbesetzungen sowie weitere krankheitsbedingte Ausfälle zeichnet sich bei den Personalkosten eine Einsparung von aktuell 2,5 Mio. Euro ab, die in die Konsolidierung des laufenden Haushalts einfließen kann. Die kommende Tarifierhöhung schlägt sich erst im zweiten Halbjahr nieder und ist berücksichtigt.

Auch seitens des Amtes für Jugend und Soziales konnte insbesondere bei der Hilfe bei Krankheit in Einrichtungen, den Eingliederungshilfe-Assistenzleistungen und bei den Leistungen zum Erwerb und zum Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten über Einsparungen und Mehreinnahmen im Saldo ein Plus von 300.000 Euro gegenüber der Ursprungsplanung veranschlagt werden.

Korrigiert wurden auch die Prognosen beim Jobcenter im Bereich Kosten der Unterkunft. Voraussichtlich verringern sich die Ansätze um rd. 355.000 Euro.

Die zwischenzeitlich erfolgte Einführung des Deutschlandtickets führt zu Einsparungen von rd. 190.000 Euro bei der Schülerbeförderung.

Beim Hochbauamt wurden 50.000,- € beim allgemeinen Gebäudeunterhalt gekürzt.

Mehreinnahmen ergeben sich im Bereich des Eichfelds. Dort sind Einnahmen von 130.000 Euro für Erdablagerungen in die notwendige Konsolidierung geflossen.

Weitere 250.000,- € wurden beim Unterhalt von Infrastrukturvermögen im Bereich der Straßen gestrichen.

So ermittelt sich die Verbesserung von rd. 5,9 Mio. Euro gegenüber der ersten Haushaltsplanung 2023.

Redaktionelle Änderungen der Haushaltssatzung sind noch im Bereich Kultur erfolgt. Diese haben jedoch keine Auswirkung auf die bisherigen Entgelte. Nähere Details, die auch so vom Kulturausschuss beschlossen wurden, können Sie der Satzung entnehmen.

Die Daten des überarbeiteten Haushalts wurden im Vorfeld telefonisch mit der ADD erörtert. Es wurde signalisiert, dass der Haushalt mit diesen neuen Zahlen genehmigungsfähig ist. Ebenso wurde grünes Licht für die geplanten Investitionen gegeben, nachdem wir deren Dringlichkeit dargelegt hatten.

Bürgermeister Maas wird die Änderungen gleich noch einmal anhand einer Präsentation vorstellen. Sollten Sie noch Fragen zu dem neuen Zahlenwerk haben, stehen er, Frau Brandt und Herr Mühlbauer gerne für die Beantwortung zur Verfügung.

Abschließend möchte ich die beiden wichtigsten Punkte hervorheben:

Erstens: Mit dem geänderten Haushalt kann ein „Stillstand“ in Pirmasens verhindert werden. Denn ein nicht genehmigter Haushalt würde einen solchen Stillstand verursachen. Mit der Haushaltsgenehmigung können wir stattdessen die sehr positive und dynamische Entwicklung der letzten Jahre zumindest im Rahmen dieser gekürzten Mittel fortsetzen.

Und zweitens: Der vorgelegte Haushalt ist nicht mit Steuererhöhungen für die Bürger verbunden. Viele Städte waren in diesem Jahr faktisch dazu gezwungen, die Grundsteuer B anzuheben, um einen genehmigten Haushalt zu erlangen. Dies konnte in Pirmasens zumindest in diesem Jahr abgewendet werden.

Mit unserem Kampf für mehr Gerechtigkeit beim kommunalen Finanzausgleich haben wir schon viel erreicht. Wir sind damit aber leider noch nicht am Ziel angelangt. Denn nach wie vor fehlt es an einer auskömmlichen Ausstattung der Kommunen in Rheinland-Pfalz.

Nach Versagung der Genehmigung für den ursprünglichen Entwurf des Haushalts 2023 haben wir unter der größtmöglichen Anstrengung diesen Konsolidierungsdurchgang vorgenommen.

Im Hinblick auf eine baldige Beendigung der Interimszeit bitte ich Sie zum Wohle der Bürger von Pirmasens um Ihre Zustimmung für den überarbeiteten Haushaltsplan mit Haushaltssatzung.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!“

Bürgermeister Maas stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) die Änderungen der Haushaltssatzung vor.

Ratsmitglied Eyrisch erklärt, bei dem städtischen Haushalt handle es sich um den nächsten Akt einer Tragödie. Eine Tragödie habe fünf Hauptkriterien. Diese fünf Kriterien stelle sie nun vor:

1. Emotionales Theaterstück
2. Hat meist 5 Akte
3. Durch menschliche Fehler oder schicksalhafte Fügungen entstehen Konflikte
4. Der Held steht vor einem unlösbaren Konflikt
5. Enden meist mit dem Tod des Helden

Nun habe die Stadt einen ausgeglichenen Haushalt, jedoch würde befürchtet, dass das nicht das Ende der Fahnenstange sei. Sodann verliest die Haushaltsrede:

„Vor einigen Monaten haben wir den ersten ausgeglichenen Haushalt seit Jahrzehnten in unserer Stadt verabschiedet.

Das Land Rheinland-Pfalz hat sich für seine Neustrukturierung der Landesfinanzen im Vorfeld bereits gebührend feiern lassen. Doch bereits bei der Verabschiedung haben wir darauf hingewiesen, dass der ausgeglichene Haushalt nur eine Momentaufnahme darstellt. Die Neustrukturierung der kommunalen Finanzen reicht bei weitem nicht aus, die aktuellen und noch weniger die in Zukunft anstehenden Aufgaben der Kommunen kostendeckend zu erfüllen - zumindest nicht bei der momentanen Einnahmesituation. Nun stehen wir heute hier, ein halbes Jahr nach der Verabschiedung des vorliegenden Haushalts, und noch immer fehlt dessen Genehmigung durch das Land. Investitionen, Neubesetzungen von Stellen, wichtige Maßnahmen und Projekte für unsere Stadt stehen wegen der Blockade der ADD still.

Es ist gut, dass die Verwaltung nochmals Mittel und Wege gefunden hat, den vorliegenden Haushalt so anzupassen, dass er ... mit viel Glück ... die Genehmigung der ADD finden wird. Und zwar ohne die Belastung für die Bürger zu erhöhen, denn diese sind bereits wahrlich hoch genug.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich befürchte, dass das dennoch nicht das von manchen erhoffte Ende des Dissens mit dem Land um die kommunale Finanzausstattung ist. Vielmehr wird die Verwaltung nicht immer in der Lage sein, den Haushalt so zu optimieren, dass eine Mehrbelastung für die Bürgerinnen und Bürger umgangen werden kann.

Schon heute wissen wir, dass sich die Kosten dynamisch entwickeln. Die Einnahmenseite verhält sich nicht analog. Es ist heute schon absehbar, dass uns das Land beim nächsten Haushaltsentwurf zur Erhöhung von Steuern und Abgaben zwingen wird - so wie es bereits in vielen anderen Kommunen im Land geschehen ist.

Am Ende bleiben die Bürger die Leidtragenden - weil sie die Zeche für die finanzpolitische Unfähigkeit der Landesregierung tragen müssen. Wir stimmen dem heutigen Beschlussvorschlag dennoch zu - primär um den aktuellen Stillstand zu beenden.“

Ratsmitglied Tilly zeigt auf, die Kritikpunkte habe die Stadtratsfraktion bei der Einbringung des Haushalts aufgezeigt, deshalb werde dem Haushalt wieder nicht zugestimmt. Allerdings spreche er auch eine große Kritik seitens der ADD aus, denn diese würden die Kommunen nicht ausreichend unterstützen. Ebenfalls sollte diese auf die individuellen Probleme der Kommunen eingehen und nicht einfach Standard schreiben versenden. In den letzten 3 Jahren habe man gemerkt wie sich alles verändern könne. Er wünsche sich eine Kooperation zwischen den Kommunen und der ADD und keine Konflikte.

Ratsmitglied Eschrich verliest die Haushaltsrede:
„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick,

sehr geehrte Damen und Herren,

zum ersten Mal werden wir heute einem Haushalt der Stadt Pirmasens zustimmen – nicht, weil wir den Haushalt und die Stadtpolitik auf einmal ganz prima finden – sondern als Zeichen der Solidarität mit der Stadt Pirmasens und als Ausdruck der Ablehnung der Machenschaften und politischen Spielchen der ADD.

Pirmasens und viele weitere Kommunen in Rheinland-Pfalz sitzen teilweise seit Jahrzehnten in der Schuldenfalle, dies weniger, weil Paläste gebaut und das Geld zum Fenster hinausgeworfen wurde, sondern weil Bund und Land fortlaufend Leistungen bestellen, die sie nicht bezahlen. Wenn nun die Zechpreller mit erpresserischen Methoden versuchen, die Schulden einzutreiben, die sie selbst verursacht haben, hat dies mehr als einen üblen Geschmack. Die Vogel-friss-oder-stirb Methode hat nämlich ganz reale Auswirkungen auf die Menschen dieser Stadt. Die Verwaltung kann dringend benötigtes Personal nicht einstellen und pfeift auf dem letzten Loch, Bau- und Sanierungsmaßnahmen müssen gestoppt oder können erst gar nicht begonnen werden und viele weitere gravierende Konsequenzen des amtlich verordneten Stillstands. Dies führt auch keineswegs zu einer Verbesserung der finanziellen Situation, sondern ganz im Gegenteil zu noch viel mehr Schulden in der nahen Zukunft. Mit Vernunft ist dies alles nicht zu erklären und dass gerade das Land Rheinland-Pfalz mit seinen bundesweit höchstverschuldeten Städten und Landkreisen nun den Saubermann spielt und auf Law and Order pocht, ist geradezu grotesk.

Dass Städte wie Pirmasens aus eigener Kraft niemals werden ihre Schulden begleichen können, ist hinlänglich bekannt. Man kann diesen Kommunen nun unter die Arme greifen oder sie untergehen lassen. Eine Lösung dazwischen gibt es nicht – oder doch? Aus politischer Sicht der Machthaber macht dieser Poker sehr wohl einen Sinn, denn widerborstige Städte wie Pirmasens, die sich juristisch wehren, die grundgesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung einklagen oder sich nicht einkreisen lassen wollen, kann man damit gefügig machen. Zuckerbrot und Peitsche, eine genauso alte wie zutiefst verwerfliche Methode, hat offenbar nichts von ihrem Charme verloren.“

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, leitet der Vorsitzende zur Abstimmung über.

zu 2.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2023

Sodann beschließt der Stadtrat mit 31 Ja- und 10 Gegenstimmen mehrheitlich die am 13.02.2023 vom Stadtrat beschlossene Haushaltssatzung 2023 mit Haushaltsplan und seinen Anlagen (BV-Nummer: 1609/II/20.1 /2023) wird hiermit aufgehoben.

Der Stadtrat beschließt mit 31 Ja- gegen 10 Nein-Stimmen mehrheitlich die Annahme der Haushaltssatzung 2023 sowie des Haushaltsplans mit seinen Anlagen (siehe Anlage 2 zur Niederschrift).

zu 2.2 Forstwirtschaftsplan 2023

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Forstwirtschaftsplan 2023 wird mit folgenden Ergebnissen festgestellt:

Voranschlag der Erträge und Aufwendungen:

Erträge	90.300 €
Aufwendungen	<u>94.270 €</u>
Überschuss	-3.970 €

Die Erträge und Aufwendungen sind in den Haushalt 2023 zu übernehmen.

zu 2.3 Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebes mit Finanzplan und Investitionsprogramm

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Wirtschaftsplan 2023

Der Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebes wird wie folgt festgesetzt:

1.1 Erfolgsplan

Erträge	10.125.000 Euro
Aufwendungen	<u>10.078.000 Euro</u>
Gewinn	47.000 Euro

Der Gewinn ist auf neue Rechnung vorzutragen.

1.2 Vermögensplan

Mittelbedarf und Finanzierungsmittel je	12.061.000 Euro
---	------------------------

1.3 Stellenübersicht mit insgesamt	27,18 Stellen
---------------------------------------	----------------------

2. Finanzplan 2022 bis 2026

Der Finanzplan für die Jahre 2022 bis 2026

wird auf	51.035.000 Euro
----------	------------------------

festgesetzt.

3. Investitionsprogramm 2022 bis 2026

Das Investitionsprogramm für die Jahre 2022

bis 2026 wird auf den Gesamtbetrag von	32.084.000 Euro
--	------------------------

festgesetzt.

4. Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite

wird festgesetzt auf	5.577.900 Euro
----------------------	-----------------------

5. Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf

9.635.000 Euro

Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf

3.387.000 Euro

6. Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf

8.000.000 Euro

zu 2.4 Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan und Investitionsprogramm

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Wirtschaftsplan 2023

Der Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); Teilbereich Abfallentsorgung wird wie folgt festgesetzt:

1.1 Erfolgsplan

Erträge	5.395.000 Euro
Aufwendungen	5.201.000 Euro
Verlust	194.000 Euro

1.2 Vermögensplan

Mittelbedarf und Finanzierungsmittel je	293.000 Euro
---	---------------------

1.3 Stellenübersicht mit insgesamt	25,54 Stellen
---------------------------------------	----------------------

2. Finanzplan 2022 bis 2026

Der Finanzplan für die Jahre 2022 bis 2026

wird auf **743.000 Euro**

festgesetzt.

3. Investitionsprogramm 2022 bis 2026

Das Investitionsprogramm für die Jahre 2022

bis 2026 wird auf den Gesamtbetrag von **256.500 Euro**

festgesetzt.

4. Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite wird festgesetzt auf

0 Euro

5. Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungs-
ermächtigungen wird festgesetzt auf **0 Euro**

Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künfti-
gen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitions-
kredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich
auf **0 Euro**

6. Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssiche-
rung wird festgesetzt auf **5.000.000 Euro**

**zu 2.5 Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); ohne Teilbe-
reich Abfallentsorgung mit Finanzplan**

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Wirtschaftsplan 2023

Der Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP);
ohne Teilbereich Abfallentsorgung
wird wie folgt festgesetzt:

1.1 Erfolgsplan

Erträge	9.566.400 Euro
Aufwendungen	9.566.400 Euro
Gewinn/Verlust	0 Euro

1.2 Vermögensplan

Mittelbedarf und Finanzierungsmittel je **855.000 Euro**

1.3 Stellenübersicht mit insgesamt **137,52 Stellen**

2. Finanzplan 2022 bis 2026

Der Finanzplan für die Jahre 2022 bis 2026

wird auf **3.750.000 Euro**

festgesetzt.

3. Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite
wird festgesetzt auf **443.000 Euro**

4. Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungs-
ermächtigungen wird festgesetzt auf **720.000 Euro**

Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künfti-

gen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf

452.000 Euro

5. Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf

5.000.000 Euro

zu 3 Ergänzung der Satzung über die Einrichtung eines Beirats für Migration und Integration

Vorlage: 1686/III/32.1/2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Ordnungsamtes vom 22.05.2023.

Ratsmitglied Weber teilt mit, er habe keine Frage bezüglich der Satzung, sondern eine allgemeine Frage. Er fragt an, ob die anderen Fraktionen eine Einladung zum Fest des Beirates erhalten hätten. Die Stadtratsfraktion-AfD habe von diesem Fest aus der Zeitung erfahren.

Der Vorsitzende zeigt auf, für das Multikulturelle Freundschaftsfest gebe es keine Einladung. Dies sei eine öffentliche Veranstaltung für jeden Bürger und jede Bürgerin.

Ratsmitglied Faroß-Göller fragt an, ob in der Satzung hinzugefügt werden könnte, dass der Beirat ein Mal im Jahr eine Stadtratssitzung besuchen solle.

Der Vorsitzende erklärt, dies würde sich bereits aus der Satzung ergeben.

Ratsmitglied Eyrisch erklärt, eine Einladung für die Gremien sei wünschenswert.

Der Vorsitzende führt aus, dies sei eine Sache der Verantwortlichen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

§ 2 der Satzung über die Einrichtung des Beirats für Migration und Integration der Stadt Pirmasens vom 22.07.2009 wird um folgenden Absatz 2a ergänzt:

Wird die in Absatz 1 Satz 2 bestimmte Zahl gewählter Mitglieder unterschritten, weil weniger Personen gewählt oder Sitze im Beirat für Migration und Integration nach dem Ausscheiden von Mitgliedern nicht mehr besetzt werden können, tritt diese Zahl an die Stelle der in Absatz 1 Satz 2 bestimmten Zahl der gewählten Mitglieder. Sinkt die Zahl der Beiratsmitglieder auf weniger als die Hälfte der in Absatz 1 Satz 2 bestimmten Zahl und ist eine Ergänzung des Beirats für Migration und Integration durch das Nachrücken von Ersatzpersonen nicht möglich, so findet für den Rest der Wahlzeit eine Neuwahl statt.

zu 4 Auftragsvergaben

**zu 4.1 Hugo-Ball-Gymnasium - Fassadensicherung Bauteil A;
Auftragsvergabe
Vorlage: 1695/II/69/2023**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Gebäudemanagements vom 06.06.2023.

Er stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 3 zur Niederschrift) die Fassadensicherung des Hugo-Ball-Gymnasiums vor. Zum Submissionstermin hätten 4 Angebote vorgelegen. Die Firma bbr-Bausanierung GmbH sei mit dem Angebot in Höhe von 65.423,96 € als wirtschaftlichster Bieter ermittelt worden. Mit diesem Angebot liege man unterhalb des Kostenvoranschlages.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Auftrag für das Los 11.1 Fassadensicherungsarbeiten am Bauteil A des Hugo-Ball-Gymnasiums wird an die Firma bbr-Bausanierungen GmbH aus Eppelborn-Dirmingen zum Angebotspreis von 62.423,96 € vergeben.

Verrechnung: 114100.52310012 „Gebäudesanierung an Schulen“

**zu 4.2 Generalsanierung Landgraf-Ludwig-Realschule plus- Los 30.2 Ausstattung-
Lieferung von Schul- und Büromöbeln- Auftragsvergabe-
Vorlage: 1701/II/65.2/2023**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hochbauamtes vom 20.06.2023.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Auftrag für das Los 30.2 Ausstattung – Lieferung von Schul- und Büromöbeln wird an die Firma ASS-Einrichtungssysteme GmbH, Adam-Stegner-Str. 19, 96342 Stockheim zum Angebotspreis von 254.772,81 € brutto vergeben.

Verrechnung: Inv. Nr.: 2150000001 Einrichtung Realschule Plus

**zu 4.3 Verlängerung Quartiersarbeit Horebtreff
Vorlage: 1692/II/50.6/2023**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Amtes für Jugend und Soziales vom 31.05.2023.

Er fügt hinzu, der Caritasverband sei seit 2020 Betreiber für die Diözese Speyer e. V. Eine Verlängerungsoption von 2 Jahren sei bereits in der Ausschreibung 2020 vermerkt worden. Die Vergabe zur weiteren Betreibung des Horebtreffs an den Caritasverband sei für den Zeitraum 01.01.2023 bis 31.10.2025 geplant. Die Gesamtkosten für diese zwei Jahre würden sich auf 190.560 € belaufen. Hierzu habe die Stadt eine förderrechtliche Zustimmung der ADD erhalten. Diese würde 90 % der Gesamtkosten fördern.

Der Stadtrat beschließt bei 4 Enthaltungen einstimmig:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag zur Betreuung eines Quartierbüros für das Projektgebiet „Horeb“ für den Zeitraum 1.11.2023 bis 31.10.2025 an den Caritasverband für die Diözese Speyer e.V. zu vergeben.

Verrechnung: PSK 511700.56250016 „SST Horeb Quartiersmanagement“

zu 5 Vergabeermächtigungen

zu 5.1 Hugo-Ball-Gymnasium - Fortführung Fensterbauarbeiten Bauteil B - Erteilung der Vergabeermächtigung Vorlage: 1696/II/69/2023

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Gebäudemanagements vom 06.06.2023.

Er stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 4 zur Niederschrift) die Fensterbauarbeiten des Hugo-Ball-Gymnasiums vor.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Dem zweiten Bauabschnitt des Austauschs der Fensterelemente am Hugo-Ball-Gymnasium - Bauteil B Südfassade - wird zugestimmt und die qualifizierte Kostenschätzung auf insgesamt

280.000,00 € brutto

festgestellt.

2. Der Oberbürgermeister bzw. der Beigeordnete aus dessen Geschäftsbereich die Maßnahme stammt wird ermächtigt, im Rahmen der qualifizierten Gesamtkostenschätzung zuzüglich einer Karenz von maximal € 56.000,00 € brutto (20%) maximal ein Betrag von 336.000,00 € die entsprechenden Aufträge zu erteilen.

Die Finanzierung erfolgt über 2170000009 „Sanierung Hugo-Ball-Gymnasium“

zu 5.2 Ausbau der Hauptstraße zwischen Sandstraße und Pfarrgasse; Erteilung der Vergabeermächtigung Vorlage: 1697/II/66.2/2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 07.06.2023.

Herr Thiele stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 5 zur Niederschrift) den Ausbau der Hauptstraße zwischen der Sandstraße und Pfarrgasse vor.

Ratsmitglied Dr. Dreifus bedankt sich für die Darstellung und dass viele Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern mit in die Planungen eingeflossen seien. Er fragt an, ob die ockerfarbenen Steine bereits im Stadtgebiet verlegt worden seien.

Herr Thiele erklärt, diese seien noch nicht verbaut worden. Ein Muster könne im Bauhof angeschaut werden.

Ratsmitglied Sheriff fragt an, ob ein Ladeplatz für E-Autos geplant sei. Ebenfalls fragt sie an, ob bezüglich der Fassadenbegrünung mit den Anwohnern Gespräche geführt worden seien.

Bürgermeister Maas zeigt auf, ein Ladeplatz für E –Autos sei nicht vorgesehen, da ausschließlich Kurzzeitparkplätze in Planung seien. Die Fassadenbegrünung würde derzeit diskutiert. In der Pfarrgasse im Treppenverlauf sei solch eine Begrünung möglich, worüber man mit Herrn Pfarrer Rasp bereits in Gesprächen sei.

Ratsmitglied Eschrich zeigt auf, der Ausbau der Hauptstraße werde seitens der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI aufgrund der Öffnung der Fußgängerzone für Autos abgelehnt. Eine Kombination aus Spielbereich für Kinder und Autoverkehr sei zu gefährlich.

Ratsmitglied Tilly fragt an, ob durch den Ausbau für alle Anwohnerinnen und Anwohner die Fernwärme zugänglich sei.

Der Vorsitzende bejaht dies.

Ratsmitglied Welker erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand hinsichtlich des ehemaligen Töns.

Der Vorsitzende zeigt auf, es handele sich nicht um das ehemalige Töns Gebäude, sondern um die davorliegende Fläche. Allerdings gebe es noch keine Einigung.

Ratsmitglied Riehmer fragt an, ob sich die Öffnung für den Straßenverkehr an den Öffnungszeiten der Geschäfte orientiere.

Der Vorsitzende erklärt, Bürgermeister Maas sei diesbezüglich in Gesprächen.

Ratsmitglied Zipf fragt an, wie hoch die Kosten für die Stadt und die ADD sei.

Bürgermeister Maas führt aus, eine genau Kostenverteilung würde in der Beschlussvorlage aufgezeigt.

Ratsmitglied Schwarz fragt an, ob auch gegebenenfalls zwei Fahrradbügel aufgestellt werden könnten. Auch fragt er an, ob Gebühren für Kurzzeitparker anfallen würden.

Herr Thiele zeigt auf, die Aufstellung von Fahrradbügeln könne geprüft werden. Ob Gebühren für die Kurzzeitparker anfallen werden sei noch nicht klar.

Ratsmitglied Wölfling fragt an, ob die aktuellen Steine danach weiterverwendet werden könnten. Auch fragt er an, wie oft der Stadtrat über die Vergabeermächtigungen informiert würde.

Bürgermeister Maas erklärt, die Steine würden vorerst eingelagert werden. Bezüglich der Vergabeermächtigungen würde der Rat regelmäßig informiert.

Ratsmitglied Eyrisch erklärt, viele Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger seien in die Planungen mit eingeflossen. Allerdings bittet sie bei dem weiteren Verlauf um ein Beteiligungsverfahren in Form einer Diskussion.

Der Stadtrat beschließt bei einer Gegenstimme mehrheitlich:

1. Dem Ausbau der Hauptstraße zwischen Sandstraße und Pfarrgasse gemäß der vorliegenden Planung vom Ing.- Büro Thiele wird zugestimmt und die qualifizierte (Gesamt)-Kostenschätzung auf insgesamt

€ 2.250.000,00 brutto

festgestellt.

2. Der Oberbürgermeister bzw. der Beigeordnete aus dessen Geschäftsbereich die Maßnahme stammt wird ermächtigt, im Rahmen der qualifizierten (Gesamt)-Kostenschätzung zuzüglich einer Karenz von maximal **€ 450.000,00 brutto (20%)** die entsprechenden Aufträge zu erteilen.

Die Finanzierung erfolgt über wiederkehrende Beiträge für Verkehrsanlagen und wird über die Nummern **5416080068, 5416080099, 5416080088, 541100.52440001 und 114200.04810000** abgerechnet.

**zu 5.3 Ausbau der Rheinbergerstraße;
Erteilung der Vergabeermächtigung
Vorlage: 1698/II/66.2/2023**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 12.06.2023.

Sodann stellt Herr Grunhofer anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 6 zur Niederschrift) den Ausbau der Rheinbergerstraße vor.

Ratsmitglied Sheriff teilt mit, die Gehwegbreite von 1,35m sei relative schmal, weshalb es für Rollstuhlfahrer, Rollatoren und Kinderwagen schwer sei diesen zu befahren.

Herr Grunhofer erklärt, nicht alle Gehwege in dieser Straße seien so schmal. Gehwege mit einer Breite von circa 1,00-1,10 m seien zulässig und zum Beispiel Rollstuhlfahrer könnten ohne Probleme den Gehweg benutzen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Dem Ausbau der Rheinbergerstraße gemäß der vorliegenden Planung vom Ing.- Büro Grunhofer wird zugestimmt und die qualifizierte (Gesamt)-Kostenschätzung auf insgesamt

€ 1.685.000,00 brutto

festgestellt.

2. Der Oberbürgermeister bzw. der Beigeordnete aus dessen Geschäftsbereich die Maßnahme stammt wird ermächtigt, im Rahmen der qualifizierten (Gesamt)-Kostenschätzung zuzüglich einer Karenz von maximal **€ 337.000 brutto (20%)** die entsprechenden Aufträge zu erteilen.

Die Finanzierung erfolgt über wiederkehrende Beiträge für Verkehrsanlagen und wird über die Nummern **5416080065, 5416080099, 5416080088, 541100.52440001 und 114200.04810000** abgerechnet.

zu 5.3.1 Ausbau Rheinbergerstraße; Bereitstellung von überplanmäßigen Ausgaben
Vorlage: 1603/III/20.1/2022

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 07.06.2023.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Betrag von 165.000 Euro für den Ausbau der Rheinbergerstraße (Abrechnungseinheit Stadtgebiet im Übrigen) wird überplanmäßig bei Inv.Nr. 5416080065 bereitgestellt.

Finanzierung:

Einsparungen bei Inv.Nr. 5416080046 „Ausbau Merkurstraße“ 165.000 Euro
(nicht verbrauchte Restmittel)

zu 6 Information Kommunale Wärmeplanung

Bürgermeister Maas stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 7 zur Niederschrift) den Klimaschutz und Klimaanpassung in Quartieren vor.

zu 7 Gesamtstädtisches Radverkehrskonzept - Ergänzung -
Vorlage: 1706/III/32.2/2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Ordnungsamtes vom 13.06.2023.

Er fügt hinzu, im Stadtrat sei eine Öffnung der Fußgängerzone für den Radverkehr außerhalb der Öffnungszeiten beschlossen werden. Die Verwaltung habe sich dann für 17 - 11 Uhr entschieden. Nun solle die Freigabe mit diesem Beschluss präzisiert werden.

Ratsmitglied Tilly erklärt vorweg, dass die Stadtratsfraktion SPD diesem Beschluss zustimmen werde. Allerdings sei 17 – 11 Uhr nicht außerhalb der Öffnungszeiten. Ebenfalls bittet er um häufigere Kontrollen seitens des Ordnungsamtes. Er fragt an, ob die Einbahnregelungen in der Sandstraße beziehungsweise Pfarrgasse auch für die Radfahrer gelte.

Der Vorsitzende verneint dies.

Der Stadtrat beschließt bei 4 Gegenstimmen mehrheitlich:

Ergänzend zum Beschluss des Stadtrates vom 24.04.2023 werden die Freigabezeiten für die Nutzung der Fußgängerzone für den Radverkehr präzisiert auf 17.00 – 11.00 Uhr.

zu 8 Nachwahlen

**zu 8.1 Nachwahl eines Beschäftigtenvertreters für den Werkausschuss des Eigenbetriebs "Wirtschafts- und Servicebetrieb der Stadt Pirmasens (WSP)"
Vorlage: 1687/I/10.1/2023**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 23.05.2023.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Als Nachfolgerin für die ausgeschiedene Stellvertreterin Kathrin Hutzler schlägt der Personalmrat

Frau Stefanie de Rosa

vor.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, hierüber offen abzustimmen.

Er wählt die Vorgeschlagene, als Stellvertreterin des Beschäftigtenvertreters Mathias Schneller, für den Werkausschuss des WSP.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

**zu 9 Spendenannahme gem. § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 1682/I/10.1/2023**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 15.05.2023.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Annahme folgender Spenden:

Spender	Zweck	Betrag
Herr Dr. Frithjof Dilli	Spende für den Heimatbrief	150,00 €
Familie Hartwig und Nicole Ohr	Spende an den Pakt für Pirmasens	150,00 €

zu 10 Anfragen und Informationen

zu 10.1 Beantwortung von Anfragen

zu 10.1.1 Anfrage Ratsmitglied Hendrichs vom 13.02.2023 bzgl. "Fenster und Jungentoiletten in der Käthe-Dassler-Realschule plus"

Der Vorsitzende zeigt auf, die Beantwortung der Anfrage (siehe Anlage 8 zur Niederschrift) würde im Nachgang zur Sitzung hochgeladen.

zu 10.1.2 Anfrage Ratsmitglied Semmet vom 08.05.2023 bzgl. "Fahrbahnschwellen in der Anliegerstraße "Am Breitenweg""

Der Vorsitzende zeigt auf, die Beantwortung der Anfrage (siehe Anlage 9 zur Niederschrift) würde im Nachgang zur Sitzung hochgeladen.

zu 10.2 Informationen

zu 10.2.1 Information über die im Wege der Vergabeermächtigung erteilten Aufträge

Der Vorsitzende zeigt auf, eine Übersicht über die im Wege der Vergabeermächtigung erteilten Aufträge sei den Ratsmitgliedern vor der Stadtratssitzung zur Verfügung gestellt worden.

Ratsmitglied Tilly erklärt, wie die Prozentzahl im Vergleich zur Gesamtkostenschätzung entstehe sei nicht klar. Er bittet um Erklärung.

Bürgermeister Maas erklärt, dies sei der aktuelle Vergleich zwischen der Summe der bis dato erteilten Aufträge mit der Summe der Kostenschätzungen.

Der Vorsitzende schlägt vor, zukünftig die Gesamtsumme aufzuzeigen, dadurch würde die Übersicht verständlicher.

zu 10.3 Anfragen der Ratsmitglieder

zu 10.3.1 Anfrage CDU-Stadtratsfraktion bzgl. "Sicherheitsempfinden der Pirmasenserinnen und Pirmasenser"

Ratsmitglied Eyrisch verliest die Anfrage:

“Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

wie bereits am Freitag angekündigt, beabsichtige ich für meine Fraktion in der heutigen Stadtratssitzung eine Anfrage zur Umfrage der Rheinpfalz hinsichtlich des Sicherheitsgefühls der Bürger unserer Stadt einzubringen. Diese sende ich Ihnen hiermit im Vorfeld schriftlich zu.

Hervorheben möchte ich zunächst, dass es mich gut finde und begrüße, dass der Kriminalpräventive Rat mit der Veröffentlichung der (leider) nicht repräsentativen Umfrage dieses sehr wichtige Thema „Sicherheit“ in unserer Stadt in den Fokus der öffentlichen Diskussion

gerückt hat. Dass hier Handlungsbedarf besteht, hat spätestens die repräsentative Umfrage der Rheinpfalz eindrücklich bestätigt. Dass schwere Delikte wie Mord und Totschlag in den letzten Jahren deutlich rückläufig waren und auch die minderschweren Delikte rückläufig sind, darf uns angesichts der formulierten Sorgen und Ängste unserer Bürger nicht beruhigen. Mehr als 60 Prozent fürchten tätliche Übergriffe, ein Drittel der befragten Frauen haben Angst vor sexuellen Übergriffen. Räumliche Schwerpunkte sind laut Umfrage der Wedebrunnen, die Innenstadt, der Alte Friedhof und das Winzler Viertel.

Leider lassen beide Umfragen keine direkten Rückschlüsse auf die Ursachen des Unsicherheitsgefühls zu. Auffällig ist jedoch, dass sich an allen benannten Orten Menschenansammlungen unterschiedlichster Zusammensetzung antreffen lassen. Insbesondere in der Fußgängerzone und im Innenstadtbereich betrifft dies vor allem Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund, an anderen Stellen in der Stadt eher Pirmasenserinnen und Pirmasenser aus schwächeren sozialen Milieus. Das Problemfeld lässt sich demnach eben nicht nur am Faktor Migration festmachen – dieser darf aber auch nicht einfach abgetan werden. Insbesondere in den sozialen Medien liest man im Kontext der Sicherheitslage in Pirmasens immer wieder, dass der Faktor Migration zumindest im Gefühl der Menschen ein wesentlicher Faktor ist. Den Aussagen, dass man in der Innenstadt „keine Pirmasenser“ bzw. „keine Deutsche“ mehr trifft, begegnet man dabei immer wieder. Und in der Tat sitzen – zumindest im Innenstadtbereich – oft nicht-deutschsprachige Menschen in Gruppen beisammen. Auch wenn dies nicht per se bedrohlich ist, hat es mit Integration in die Gesellschaft wenig zu tun – und wird als bedrohlich empfunden.

Wir als politisch Verantwortliche haben nun zwei Möglichkeiten, mit diesen Feststellungen umzugehen: Entweder wir ziehen uns aus der Angst heraus, als nicht woke oder modern genug zu gelten, zurück und lassen die Dinge so weiterlaufen, oder wir nehmen die Ängste und Sorgen unserer Bürger ernst und versuchen, diesen proaktiv zu begegnen. Für uns als Fraktion ist die Positionierung klar: Wir dürfen die Entwicklung von Parallelgesellschaften und die daraus entstehenden Sorgen und Ängste nicht hinnehmen. Wir wollen, dass sich alle Menschen in unserer Stadt wohl fühlen und miteinander gut und gerne leben können. Insofern richten wir heute folgende Fragen an die Stadtverwaltung:

1. Welche Maßnahmen wurden bereits in der Vergangenheit seitens der Stadtverwaltung in den o.g. Schwerpunkträumen im Hinblick auf sicherheitsrelevante Aspekte unternommen?
2. Wie werden diese Maßnahmen von der Stadtverwaltung bewertet?
3. Wie arbeiten Ordnungsamt und Polizei konkret zusammen? Wie oft finden Kontrollen beider Instanzen in den Schwerpunkträumen statt?
4. Werden weitere Akteure in den Schwerpunkträumen eingesetzt? Wenn ja, wer und wie oft? Wie bewerten diese die Maßnahmen?
5. Erachtet die Stadtverwaltung weitere Maßnahmen angesichts der Umfrageergebnisse für erforderlich? Aus unserer Sicht wäre beispielsweise sinnvoll, die Gruppen in den Schwerpunkträumen direkt mit in die Problembehebung einzubeziehen - z.B. über aufsuchenden sozialen Dienst, ggf. auch unterstützt durch soziale Träger. So könnte z.B. durch die Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten von Menschen, die aus Migrations- oder Fluchtgründen neu nach Pirmasens gekommen sind, zeigen, dass sie sich positiv ins öffentliche Leben einbringen wollen. Das kann von der Übernahme einer Grünflächenpatenschaft bis hin zur vermittelten Tätigkeit bei einem gemeinnützigen Verein (z.B. Tafel) reichen. Der Beirat für Migration wäre hier aus unserer Sicht ein guter erster Ansprechpartner, um gemeinsame Projekte zu entwickeln. So entstehen auch im Idealfall

Berührungspunkte mit Pirmasenserinnen und Pirmasensern – was zur Integration beitragen kann.

Aufgrund der Brisanz und der Aktualität des Themas bitten wir die Stadtverwaltung, die Beantwortung der Anfragen zeitnah auf die Tagesordnungen der zuständigen städtischen Gremien zu setzen.“

Der Vorsitzende bedankt sich für die erste und auch für die heutige Anfrage der Stadtratsfraktion CDU. Außerdem bedanke er sich bei der Rheinpfalz für die ergänzende repräsentative Umfrage. Die Umfrage bestätige die Einschätzung der Stadt, dass das subjektive Sicherheitsgefühl vieler Menschen geschwächt sei. Dies sei ein Trend, der nicht nur Pirmasens betreffe, sondern bundesweit zu verzeichnen sei.

Dies, obwohl Pirmasens eine vergleichsweise sichere Stadt sei. Auch darüber habe kürzlich die Rheinpfalz dankenswerter Weise berichtet.

Insoweit unterstreiche die Umfrage, dass es richtig gewesen sei, dass die Stadt dieses wichtige Thema erneut aktiv angenommen habe. Denn die Reaktivierung des Kriminalpräventiven Rats und dessen Umfrage diene gerade dazu, an dieser Stelle den Finger in die Wunde zu legen und daraus auch Maßnahmen für die Zukunft abzuleiten, um das Sicherheitsgefühl der Menschen wieder zu verbessern. Andernfalls bestehe die Gefahr, dass ein falsches oder verzerrtes Bild von Pirmasens gezeichnet werde, denn das schade der positiven Entwicklung und dem Image dieser schönen Stadt. Es solle auch dringend verhindert werden, dass Populisten bei den Menschen unbegründete Ängste auslösen und dieses Thema missbrauchen. Die Verwaltung nehme die Sorgen aller Menschen ernst.

Ratsmitglied Hussong zeigt auf, dieses Thema würden alle demokratischen Fraktionen unterstützen. Die vorgetragenen Punkte seien alle sehr wichtig, denn die Bürger müssen das Gefühl bekommen, dass die Probleme ernst genommen würden. Gegebenenfalls könne zusätzlich ein Sorgentelefon eingerichtet werden, um früher für Abhilfe sorgen zu können. Ebenfalls unterstütze die Stadtratsfraktion SPD alle Bestrebungen des Kriminalpräventiven Rats und der Verwaltung.

Beigeordneter Clauer erklärt, in der nächsten Sitzung würden Frau Schröder von der Polizeiinspektion Pirmasens und Herr Schmitt vom Ordnungsamt an der Stadtratssitzung teilnehmen. Diese hätten dieses Thema mit Zahlen aufgearbeitet und würden dem Stadtrat einen Überblick verschaffen. In den letzten 14 Tagen sei vermehrt kontrolliert worden und Präsenz gezeigt worden. Gerade in den Sommermonaten würde ebenfalls mehr Präsenz gezeigt.

Ratsmitglied Weber erklärt, die erste Anfrage sei von der Stadtratsfraktion AfD gestellt worden. Auch müsse klargestellt werden, dass die Stadtratsfraktion AfD keine Ängste schüren wollte und ebenfalls eine demokratische Partei sei. Bezüglich der Aussagen von Ratsmitglied Hussong möchte er Heinz Becker zitieren: “Dummschwätzer”.

Der Vorsitzende spricht Ratsmitglied Weber einen Ordnungsruf bezüglich des Zitates “Dummschwätzer” aus.

Ratsmitglied Weber teilt mit, dieser Ordnungsruf werde seinerseits angenommen.

zu 10.3.2 Anfrage Ratsmitglied Weber vom 13.06.2023 bzgl. "Nachfrage zur Anfrage Tagesstätten vom 13.02.2023"

Ratsmitglied Weber teilt mit, die Anfrage (siehe Anlage 10 zur Niederschrift) solle schriftlich beantwortet werden.

zu 10.3.3 Anfrage Ratsmitglied Weber vom 13.06.2023 bzgl. "Nachfrage zur Anfrage Jugend und Soziales vom 13.02.2023"

Ratsmitglied Weber teilt mit, die Anfrage (siehe Anlage 11 zur Niederschrift) solle schriftlich beantwortet werden.

zu 10.3.4 Anfrage AfD-Stadtratsfraktion vom 23.06.2023 bzgl. "Bauplätze"

Ratsmitglied Heil teilt mit, die Anfrage (siehe Anlage 12 zur Niederschrift) solle schriftlich beantwortet werden.

zu 10.3.5 Anfrage AfD-Stadtratsfraktion vom 23.06.2023 bzgl. "Gewerbegebiet Husterhöhe"

Ratsmitglied Heil teilt mit, die Anfrage (siehe Anlage 13 zur Niederschrift) solle schriftlich beantwortet werden.

zu 10.3.6 Anfrage AfD-Stadtratsfraktion vom 23.06.2023 bzgl. "Kinderarmut und Bildungsdefizite"

Ratsmitglied Heil teilt mit, die Anfrage (siehe Anlage 14 zur Niederschrift) solle schriftlich beantwortet werden.

zu 10.3.7 Anfrage AfD-Stadtratsfraktion vom 23.06.2023 bzgl. "Konsequenzen aus der zweiten Sicherheitsumfrage"

Ratsmitglied Heil teilt mit, die Anfrage (siehe Anlage 15 zur Niederschrift) solle schriftlich beantwortet werden.

zu 10.3.8 Anfrage von Ratsmitglied Tilly bzgl. "Gesetzesänderung - Straßenverkehrsgesetz"

Ratsmitglied Tilly fragt an, ob nach der Gesetzesänderung für die einfachere Ausweisung von Tempo 30 auch in Hauptverkehrsstraßen das Tempo-30-Konzept geprüft oder überarbeitet würde.

Der Vorsitzende zeigt auf, es bleibe bei dem bisherigen Tempo-30-Konzept.

zu 10.3.9 Anfrage von Ratsmitglied Welker bzgl. "Barrierefreiheit im kommunalen Bauwesen und kommunalen Gebäuden"

Ratsmitglied Welker stellt die Anfrage vor:

„Zurzeit ist Pirmasens Host Town bei den Special Olympics. Die Weltspiele für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung gelten als größte inklusive Sport-Veranstaltung.

In einer älterwerdenden Gesellschaft im Allgemeinen und insbesondere in Pirmasens, ist es nicht unerheblich, dass barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum stetig ausgebaut werden muss. Es muss im Interesse aller sein, dass Menschen in ihren 4 Wänden alt werden können

und auch im Interesse der Verwaltung, da die Unterbringung in Einrichtungen häufig sehr hohe Kosten in Form von Hilfe und Pflege Eingliederungskosten nach sich ziehen.

Der Ortsverein Sommerwald hat sich zu diesem Thema intensiv beschäftigt und wünscht sich eine Beantwortung folgender Fragen:

- Wie viele Menschen in Pirmasens erhalten Hilfe zur Pflege und wie hat sich das in den letzten 10 Jahren entwickelt?
- Was sind die Planungen der Verwaltung um künftig den wachsenden älteren Bevölkerungsabteilungen in Pirmasens barrierefrei und bezahlbares Wohnen zu ermöglichen und so ein Leben so lange wie möglich in den eigenen 4 Wänden sicherzustellen?
- Wie viele Wohnungen wurden gebaut u.a. mit öffentlichen Mitteln, wird beim Bau mit öffentlichen Mittel barrierefrei nach der LbauO § 51 gebaut? Welche Merkmale müssen erfüllt sein, dass diese barrierefrei sind, wird hier die UN-Behindertenrechtskonvention eingehalten?
- Wie viele kommunale Einrichtungen sind barrierefrei erreichbar und im Gebäude zugänglich und beinhalten barrierefreie Toiletten? Welche Gebäude sind nicht barrierefrei und bis wann werden diese umgebaut?
- Wie viele barrierefreie Arbeitsplätze bietet die Stadt Pirmasens und mit ihren Versorgungsbetrieben an?
- Wie viele Menschen mit Behinderung bewerben sich auf Stellen und wie viele wurden bis jetzt eingestellt?“

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 10.3.10 Anfrage von Ratsmitglied Faroß-Göller bzgl. "Fahrbahnmarkierungen in der Alleestraße"

Ratsmitglied Faroß-Göller zeigt auf, in der Alleestraße in Höhe der Landgraf-Ludwig-Realschule plus seien die Fahrbahnmarkierungen nicht mehr gut erkennbar.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 10.3.11 Anfrage von Ratsmitglied Faroß-Göller bzgl. "Internetverbindung - Ruhbank"

Ratsmitglied Faroß-Göller erklärt, auf der Ruhbank hätten viele Kundinnen und Kunden von Vodafone Probleme mit der Internetverbindung. Daher hätten sich viele beschwert. Gegebenenfalls könne sich die Verwaltung mit Vodafone in Verbindung setzen, um eine Lösung zu finden.

Bürgermeister Maas teilt mit, die Verwaltung habe sich bereits mit Vodafone in Verbindung gesetzt. Diese Probleme seien von einem Störer verursacht worden. Ein möglicher Störer sei womöglich ein alter Fernseher oder ein Babyphone gewesen. Nun sei das Problem behoben.

Ratsmitglied Hussong fügt hinzu, auch auf dem Horeb seien Probleme mit dem Internet vorhanden.

Bürgermeister Maas sagt eine Prüfung zu.

zu Anfrage von Ratsmitglied Faroß-Göller bzgl. "Barfußpfad im Strecktal"
10.3.12

Ratsmitglied Faroß-Göller zeigt auf, der Barfußpfad im Strecktal sei leider zugewachsen. Sie bittet daher um den Rückschnitt und gegebenenfalls könnten die Materialien auf dem Barfußpfad aufgefüllt werden.

zu Anfrage von Ratsmitglied Dr. Dreifus bzgl. "Waldbrand Pirmasens / Rodalben"
10.3.13

Ratsmitglied Dr. Dreifus teilt mit, jeder am Einsatz Beteiligte hätte sein Bestes gegeben um den Brand zwischen Rodalben und Pirmasens zu bekämpfen. Er spricht sein Lob der gesamten Blaulichtfamilie aus. Er fragt an, ob besondere Sicherungsmaßnahmen für Waldrandgebiet getroffen worden seien.

Beigeordneter Clauer zeigt auf, an dem Tag des Waldbrandes sei tatsächlich eine Waldbrandübung geplant gewesen. Außerdem fände heute nochmal solch eine Übung statt. Interkommunal sei man sehr gut aufgestellt und die Zusammenarbeit funktioniere sehr gut. Die Verfügung, die Feuer im öffentlichen Raum zu verbieten, bleibe höchstwahrscheinlich den gesamten Sommer bestehen. Die Kollegen des Vollzugsdienstes würden dies kontrollieren und die Bürger sensibilisieren.

Bürgermeister Maas erklärt, aus den Waldgebieten sei das Totholz entfernt worden, welches gegebenenfalls als Brandbeschleuniger fungiere.

10.3.14 Anfrage von Ratsmitglied Dr. Dreifus bzgl. "Baumkontrollen in der Strobelallee"

Ratsmitglied Dr. Dreifus fragt an, ob durch den Ausbau der Strobelallee Bäume beschädigt worden seien.

Bürgermeister Maas erklärt, die Baumkontrolleure würden 2-mal täglich die Baustelle besuchen. Bisher seien keine Beschädigungen vorhanden.

zu Anfrage Ratsmitglied Schwarz bzgl. "Ergänzung der Liste Naturdenkmäler"
10.3.15

Ratsmitglied Schwarz fragt an, ob der Nussbaum in der Straße "Am Nußbaum" bereits in die Liste der Naturdenkmäler aufgenommen worden sei.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 16.50 Uhr.

Pirmasens, den 28. Juli 2023

gez. Markus Zwick
Vorsitzender

gez. Anne Vieth
Protokollführung